



Stellungnahme

**des Deutschen Anwaltvereins vorbereitet durch
den Ausschuss Handelsrecht**

**zum Referentenentwurf eines
Bankenrichtlinienumsetzungs- und
Bürokratieentlastungsgesetz**

Stellungnahme Nr.: 56/2025

Berlin, im September 2025

Mitglieder des Ausschusses

- Rechtsanwalt Dr. Marc Löbbe, Frankfurt/Main (Vorsitzender und Berichterstatter)
- Rechtsanwältin Dr. Gabriele Apfelbacher, LL.M., Frankfurt/Main (Berichterstatterin)
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Michael Arnold, Stuttgart
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Christian Decher, Frankfurt/Main
- Rechtsanwalt Dr. Hans Friedrich Gelhausen, Frankfurt/Main
- Rechtsanwältin Dr. Julia Sophia Habbe, Frankfurt/Main
- Rechtsanwältin Dr. Hilke Herchen, Hamburg
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Hans-Christoph Ihrig, Mannheim
- Rechtsanwalt Dr. Thomas Kremer, Düsseldorf
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Gerd Krieger, Düsseldorf
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Andreas Pentz, Mannheim (Berichterstatter)
- Rechtsanwältin Dr. Gabriele Roßkopf, LL.M., Stuttgart
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Frank A. Schäfer, LL.M., Düsseldorf (Berichterstatter)
- Rechtsanwältin Dr. Alexandra Schluck-Amend, Stuttgart
- Rechtsanwalt Dr. Bernd Singhof, LL.M., Frankfurt/Main (Berichterstatter)
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Jochen Vetter, München
- Rechtsanwalt Dr. Jost Wiechmann, Hamburg
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Hans-Ulrich Wilsing, Düsseldorf
- Rechtsanwalt Arne Wittig, Frankfurt/Main

Zuständig in der DAV-Geschäftsstelle

- Rechtsanwalt Max Gröning, Geschäftsführer, Berlin

Deutscher Anwaltverein

Littenstraße 11, 10179 Berlin
Tel.: +49 30 726152-0
Fax: +49 30 726152-190
E-Mail: dav@anwaltverein.de

Büro Brüssel

Rue Joseph II 40, Boîte 7B
1000 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28028-12
Fax: +32 2 28028-13
E-Mail: bruessel@eu.anwaltverein.de
EU-Transparenz-Registernummer:
87980341522-66

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) ist der freiwillige Zusammenschluss der deutschen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Der DAV versammelt ca. 60.000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Anwaltsnotarinnen und Anwaltsnotare, die in 253 lokalen Anwaltvereinen im In- und Ausland organisiert sind. Er vertritt die Interessen der deutschen Anwaltschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Der DAV ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung zur Registernummer R000952 eingetragen.

- 1 Mit dem Referentenentwurf zum Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG) will der Gesetzgeber eine Reihe von europäischen Richtlinien des sog. EU-Bankenpaktes effektiv und bürokratiearm umsetzen. Gleichzeitig verfolgt der Referentenentwurf den Zweck, durch gezielte Maßnahmen zum Abbau übermäßiger Bürokratie sowie zur Vereinfachung des nationalen Regelwerks ohne Aufweichung der regulatorischen Standards beizutragen. Dieses im Ansatz begrüßenswerte gesetzgeberische Anliegen wird im Rahmen des Referentenentwurfs indes nur eingeschränkt verwirklicht. Eine Reihe der im Referentenentwurf enthaltenen, das (Bank-)Gesellschaftsrecht betreffende Regelungen dürften vielmehr zu einer weiteren Bürokratisierung und Regulierung unternehmerischer Tätigkeit führen, wobei einzuräumen ist, dass dies zum Teil bereits in den europäischen Richtlinienvorgaben angelegt ist.

- 2 Dies gilt insbesondere für die sehr detaillierten Regelungen zum ESG-Risikomanagement in §§ 26c f. KWG-E. Problematisch erscheint aus Sicht des DAV bereits der grundsätzliche Ansatz, unternehmerisches Handeln immer stärker zu regulieren. Fragen der „richtigen“ Unternehmensorganisation zählen zum Kernbereich der Unternehmensführung. Die Geschäftsleitung ist im Rahmen ihrer Leitungsaufgabe zwar verpflichtet, für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation zu sorgen und dabei im Fall von Finanzinstituten auch besonders die Stabilität des Unternehmens und deren Auswirkungen auf den Finanzsektor insgesamt im Blick zu haben. Bei der konkreten Ausgestaltung der Unternehmensorganisation sollte ihr jedoch ein weiterer unternehmerischer Ermessensspielraum zugebilligt werden, da Fragen der Unternehmensorganisation stark von unternehmensspezifischen Besonderheiten

abhängig sind und einem stetigen Wandel unterliegen. Daher sieht der DAV die zunehmende Tendenz des Gesetzgebers (insbesondere, aber keineswegs beschränkt auf den regulierten Bereich), den Unternehmen und ihrer Geschäftsleitung immer konkretere rechtliche Vorgaben zur Ausgestaltung der Unternehmensorganisation zu machen, sehr kritisch. Für die betroffenen Unternehmen sind diese in der Regel mit einem nicht unerheblichen zusätzlichen Bürokratieaufwand verbunden. Dies gilt auch für die neuen Regelungen zum ESG-Risikomanagement. Dabei besteht die erhebliche Gefahr, dass sich der zusätzliche Bürokratieaufwand keineswegs auf die in den Anwendungsbereich der §§ 26c f. KWG-E fallenden Institute beschränkt, da sich die ESG-Risiken von Instituten und Institutsgruppen ganz überwiegend aus den ESG-Risiken ihrer Kunden und ihrer Vermögenswerte ableiten. Sie sind daher zur Ermittlung ihrer eigenen ESG-Risiken auf Kundendaten angewiesen und könnten sich deshalb veranlasst sehen, ihre Kunden aufzufordern, entsprechende Daten zu ermitteln und an die Institute zu übermitteln, auch wenn die betreffenden Kunden nicht in den Anwendungsbereich des CSRD fallen. Daher haben die in §§ 26c f. KWG-E vorgesehenen detaillierten ESG-Risikomanagementpflichten für Kreditinstitute das Potenzial, die Erleichterungen und den Bürokratieabbau für Unternehmen, die durch das EU Omnibus I Paket im Rahmen der Stop-the-Clock-Verordnung bereits umgesetzt sind und im Hinblick auf inhaltliche Erleichterungen und die Reduktion der Regelungskomplexität in CSRD und CSDDD noch verhandelt werden, zu konterkarieren.

- 3 Kritisch sieht der DAV auch die zunehmenden Eingriffe des europäischen Richtliniengebers in die aktienrechtliche Kompetenzordnung durch den weiteren Ausbau direkter Kontakte von Führungskräften unterhalb der Vorstandsebene zum Aufsichtsorgan, die zwangsläufig zur Entstehung eines eigenen Bankgesellschaftsrechts führen. Vorzugswürdig erscheint insoweit der Ansatz der CRD und der EBA-Leitlinien zur internen Governance, die entsprechende Regelungen unter den Vorbehalt der Berücksichtigung des nationalen Gesellschaftsrechts stellen. Nicht nachvollziehbar ist für den DAV auch, warum Kreditinstituten die Rechtsform der KGaA als Organisationsform genommen werden soll, obwohl dies durch die CRR-Anforderungen nicht geboten erscheint. Auch dies verträgt sich nicht mit dem vom Gesetzgeber verfolgten Anliegen der Deregulierung.

- 4 Vor diesem Hintergrund soll daher nachfolgend zu einzelnen gesellschaftsrechtlich relevanten Regelungen des BRUBEG Stellung genommen werden:

I. KGaA als Rechtsform (Art. 1 Nr. 4 BRUBEG)

- 5 Durch Art. 1 Nr. 4 BRUBEG wird § 2b KWG-E bezüglich der Rechtsform von Kreditinstituten neu gefasst. Das bisherige Verbot für das Betreiben eines Kreditinstituts erstreckt sich nur auf die Rechtsform eines Einzelkaufmanns. Der Entwurf erstreckt das Verbot nun auf Personenhandelsgesellschaften (oHG, KG) und die KGaA. Als Begründung wird angeführt (S. 231 Begründung), dass „die CRR-Anforderungen in Bezug auf die Dauerhaftigkeit von Instrumenten des harten Kernkapitals kaum mit der grundgesetzlich geschützten negativen Vereinigungsfreiheit, insbesondere der persönlich haftenden Gesellschafter, in Einklang gebracht werden können“. Dies soll insbesondere hinsichtlich der Austrittsmöglichkeiten gelten, in denen „weder der Kapitalanteil eines ausscheidenden Gesellschafters durch einen oder mehrere bestehende oder neu eintretende Gesellschafter entgeltlich übernommen werden kann noch ein Wechsel in die Stellung eines beschränkt haftenden Gesellschafters möglich ist“. Dies mag für die klassischen Personenhandelsgesellschaften zutreffen und daher das Verbot – als Schutz der persönlich haftenden Gesellschafter (phG) – insoweit berechtigt sein.
- 6 Bei der KGaA als Kapitalgesellschaft, die in der Praxis meist als (Einheits-)AG & Co. KGaA geführt wird, trifft dies jedoch nicht zu. Dort stehen neben den phGs die Aktionäre und kapitalmäßig spielen die phGs in der Regel nur eine untergeordnete Rolle. Durch die Ausgabe von Aktien hat die KGaA die Möglichkeit zur dauerhaften Refinanzierung und zum Börsengang, ohne dass eine Abhängigkeit von einem oder mehreren Aktionären befürchtet werden muss, da die phGs (auch wenn wie bei der Kapitalgesellschaft & Co. KGaA eine Kapitalgesellschaft der phG ist) die leitende Funktion in der Gesellschaft einnehmen. Ein Ausschluss der Rechtsform der KGaA würde eine bedauerliche Verarmung der Rechtsformmöglichkeiten für Kreditinstitute und die Beschneidung der Möglichkeiten eines Börsengangs mit sich bringen.

- 7 Zudem sollen nach dem Referentenentwurf des BRUBEG für dem WpIG (Änderungen durch Art. 17 BRUBEG) unterliegende Wertpapierinstitute weiterhin keinerlei Rechtsformbeschränkungen gelten. Ein großes Wertpapierinstitut unterliegt jedoch nach § 4 WpIG primär der Aufsicht nach dem KWG und nicht (mehr) der Aufsicht nach dem WpIG, ohne dass § 2b KWG-E auf das Wertpapierinstitut Anwendung finden soll. Die Gesetzesbegründung (Widerspruch zwischen Kapitalbindung durch CRR und negativer Vereinigungsfreiheit) trifft jedoch auf große Wertpapierinstitute ebenso zu wie auf Kreditinstitute.

Die KGaA als Rechtsform sollte daher nicht ausgeschlossen werden. Jedenfalls sollte eine (Einheits-)Kapitalgesellschaft & Co. KGaA ausgenommen bleiben.

II. Wesentliche Beteiligung (Art. 1 Nr. 5, Art. 2 Nr. 2 lit. c), Art. 2 Nr. 8 BRUBEG)

1. Begriffe der „bedeutenden“, „qualifizierten“ und „wesentlichen“ Beteiligung

- 8 Nach Art. 2 Nr. 2 lit. c) BRUBEG wird ein neuer § 1 Abs. 9b KWG-E eingefügt mit der Definition der „wesentlichen Beteiligung“ ($\geq 15\%$ der eigenen anrechenbaren Eigenmittel des sich beteiligenden Instituts). Gleichzeitig wird durch Art. 1 Nr. 5 BRUBEG der § 2c KWG mit dem Begriff der „bedeutenden Beteiligung“ insoweit unverändert belassen. Die „bedeutende Beteiligung“ von § 2c KWG wird durch § 1 Abs. 9 S. 1 KWG unverändert durch Verweis auf Art. 4 Abs. 1 Nr. 36 CRR als „qualifizierte Beteiligung“ definiert. Es bestehen somit drei Beteiligungsbegriffe: „Wesentliche“, „bedeutende“ und „qualifizierte“ Beteiligung. Da die beiden letztgenannten durch den Verweis identisch sind, wird angeregt, zur Reduktion der Komplexität zukünftig in § 2c KWG nicht mehr den Begriff der „bedeutenden“ Beteiligung, sondern nur noch den der „qualifizierten“ Beteiligung zu verwenden. Entsprechendes gälte für die Verwendung der „bedeutenden“ Beteiligung in den §§ 2h, 2e KWG-E.

2. Ausdrückliches Vollzugsverbot fehlt in § 2h KWG-E

- 9 Durch Art. 1 Nr. 5 lit. b) BRUBEG erfolgt in § 2c Abs. 1b S. 8 KWG-E in dem ausdrücklichen Vollzugsverbot eine Klarstellung, dass eine „schriftliche oder elektronische“ Bestätigung der Aufsichtsbehörde das Vollzugsverbot beendet. Gleichzeitig wird durch Art. 2 Nr. 8 BRUBEG ein neuer § 2h KWG-E eingeführt, durch den auch der Erwerb einer wesentlichen Beteiligung unter einen Verbotsvorbehalt gestellt wird (§ 2h Abs. 12 i.V.m. Abs. 22 KWG-E). In weiten Teilen ist § 2h KWG-E dem § 2c KWG nachgebildet. Unklar ist bei § 2h KWG-E jedoch, ob bis zum Ablauf der Untersagungsfrist ein Vollzugsverbot gilt. Dies ist ein „Rückfall“ in die Rechtslage, wie sie bei § 2c KWG vor Einführung von § 2c Abs. 1b S. 8 KWG bestand. Die damit verbundenen Rechtsunsicherheiten – insbesondere nunmehr auch aus der Diskrepanz zwischen § 2c KWG und § 2h KWG-E folgend – sollten vermieden werden und ein (sicherlich gewolltes) ausdrückliches Vollzugsverbot in § 2h KWG-E eingefügt werden (z.B. als Ergänzung von § 2h Abs. 14 KWG-E). Eine erklärende Aussage in der Gesetzesbegründung würde nicht ausreichen, da sie keine Bindungswirkung hätte und schon an den unterschiedlichen Wortlauten von § 2c KWG und § 2h KWG-E scheiterte.

3. Ermächtigungsgrundlage für BaFin und Fehlverweis in § 2h KWG-E

a) Ermächtigungsgrundlage

- 10 § 2h Abs. 1 S. 7 KWG-E enthält eine Ermächtigung der BaFin zur Festlegung von „Einreichungsweg, Art, Form und Umfang der Angaben und der Übermittlung“. Diese „Festlegung“ durch die BaFin entspricht nicht der Verordnungsermächtigung des BMF im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank nach § 24 Abs. 4 KWG im Rahmen der Festlegung der Unterlagen für das Verfahren nach § 2c KWG (ausgeübt durch InhKontrollV). Insbesondere ist die BaFin an keine Form der „Festlegung“ (Verordnung; Allgemeinverfügung, Merkblatt, Q&A, Leitlinie o.ä.) gebunden. Damit laufen Rechtsschutzmöglichkeiten des Rechtsunterworfenen leer. Insoweit dürfte die Ermächtigungsgrundlage gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßen. Entsprechendes gilt für § 2i Abs. 1 letzter Satz KWG.

b. Fehlverweis

- 11 § 2h Abs. 5 KWG-E erklärt „§ 2c Absatz 5 Satz 2“ für entsprechend anwendbar. Diese in Bezug genommene Norm existiert nicht. Die Begründung des Referentenentwurfs (S. 276) enthält zwar den Satz: „Durch den neuen § 2h Abs. 5 wird Art. 27a Abs. 6 CRD umgesetzt. In diesem Zusammenhang ist auch der neue § 2c Abs. 5 zu beachten.“ Durch Art. 1 BRUBEG wird zwar § 2c KWG in Nr. 5 ergänzt, jedoch kein Abs. 5 eingefügt (und die Nr. 5 passt nicht). Durch Art. 2 BRUBEG wird § 2c KWG um neue Absätze (Abs. 1c sowie Abs. 4) ergänzt. Ein § 2 Abs. 5 KWG wird jedoch nicht vorgesehen.

III. Leiter interner Kontrollfunktionen (Artikel 2 Nr. 24 BRUBEG)

1. Direkter Zugang zum Aufsichtsorgan

- 12 Durch Art. 2 Nr. 24 BRUBEG soll § 25c Abs. 4a KWG ergänzt werden, um Art. 76 Abs. 6 CRD VI umzusetzen. Zum einen sollen die Leiter der internen Kontrollfunktionen direkten Zugang zum Verwaltungs- und Aufsichtsorgan haben und berechtigt sein, unabhängig von der Geschäftsleitung direkt an das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan zu berichten und insbesondere Warnungen über riskante Entwicklungen auszusprechen. Zum anderen sollen Leiter der internen Kontrollfunktionen nicht mehr ohne vorherige Zustimmung des Verwaltungs-/Aufsichtsorgans von ihrer Funktion entbunden werden dürfen.
- 13 Dem deutschen Gesetzgeber verbleibt durch die Vorgaben der Richtlinie kein Spielraum, und er hat diese auch 1:1 umgesetzt. Bemerkenswert ist allerdings, dass sich der europäische Richtliniengeber einmal mehr aufgefordert sah, Regelungen für ein zwingendes „Bankgesellschaftsrecht“ zu etablieren, obwohl ähnliche (freiwillige) Regelungen sich schon aus anderen rechtlichen Vorgaben ergeben. Sowohl die CRD als auch die EBA-Leitlinien zur internen Governance (vgl. Erwägungsgrund Nr. 55 zur CRD IV sowie Tzn. 8 und 9 der EBA/GL/2021/05) verweisen auf die Berücksichtigung des nationalen Gesellschaftsrechts.

14 Der Umstand, dass das nicht als ausreichend gesehen wird, kann durchaus als (abermalige) Misstrauensbekundung gegenüber der Geschäftsleitung gesehen werden, was sich durchaus auch nachteilig auf das Vertrauensverhältnis der Organe und eine günstige Unternehmenskultur auswirken kann. Hier wäre mehr Zurückhaltung seitens des europäischen Richtliniengebers wünschenswert. Obwohl nach § 25d Abs. 8 S. 7, Abs. 9 S. 3 KWG bereits das Recht der Vorsitzenden von Risiko- und Prüfungsausschuss etabliert ist, Auskünfte unmittelbar bei den Leitern der Internen Revision und des Risikocontrolling einzuholen, sollen diese und der Leiter Compliance nun im Sinne eines „Whistleblowing“ auch umgekehrt unmittelbar gegenüber dem Aufsichtsorgan Warnungen über riskante Entwicklungen aussprechen können (offenbar, weil sie von der Geschäftsleitung nicht gehört werden). Dabei fehlt hier – ob bewusst oder unbewusst – die in § 25 d KWG vorgesehene Unterrichtung der Geschäftsleitung über unmittelbare Auskünfte an den Aufsichtsrat. Diese Möglichkeit besteht im Übrigen schon bislang, denn die Unternehmen sind gehalten, ein Hinweisgebersystem zu etablieren (s. „Whistleblower-RL“ (EU) 2019/1937), und der Aufsichtsrat kann bei dessen Ausgestaltung auch konkret darauf hinwirken, dass entsprechende Hinweise an ihn oder einen Ausschuss weitergeleitet werden.

2. Zustimmung des Aufsichtsrats zu Entlassungen der Leiter der internen Kontrollfunktionen

15 Auch die Zustimmungspflicht des Aufsichtsrats zu Entlassungen der Leiter der internen Kontrollfunktionen ist offensichtlich von dem Gedanken getragen zu verhindern, dass die Geschäftsleitung nicht eigenständig ihr unliebsam gewordene (zu kritische?) leitende Angestellte entlässt. Die MaRisk sehen für entsprechende Leitungswechsel bislang nur eine Informationspflicht vor. Dabei kann schwerwiegendes Fehlverhalten auch auf der Ebene der nachgeordneten Kontrollfunktionen auftreten, was eine fristlose Kündigung durch die Geschäftsleitung zur Folge haben muss.

16 Immerhin wird in eilbedürftigen Fällen eine Abstimmung mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden vorgesehen, die in der Richtlinie nicht enthalten ist. Dabei bleibt unklar, wie sich dessen nur „vorläufig erteilte“ Zustimmung mit einer fristlosen Kündigung verträgt, die sofortige Wirkung haben sollte. Insgesamt erscheint auch diese Beschränkung der Geschäftsführung überflüssig. Unbestritten ist nämlich, dass der

Aufsichtsrat nach § 111 Abs. 4 AktG durchaus auch wesentliche Personalmaßnahmen des Vorstands an seine Zustimmung binden kann und ggf. auch sollte. Dies schon deshalb, um einer Aushöhlung seiner Personalkompetenz nach § 84 AktG entgegenzuwirken, etwa wenn der Vorstand sich vom eigentlichen operativen Geschäft zurückzieht und dies „Bereichsvorständen“ außerhalb des Vorstands überlässt. Dafür ist allerdings keine Zustimmung zur Beendigung von Anstellungsverträgen erforderlich, da der Aufsichtsrat über die Zustimmung zur (Neu-)Einstellung der Leiter der internen Kontrollfunktionen immer die Besetzung der Funktionen mit kompetenten Personen kontrolliert.

IV. ESG-Organisationspflichten (Art. 2 Nr. 58 BRUBEG)

1. Überblick

- 17 § 26c KWG-E begründet detaillierte und spezifische Regelungen für das Management von ESG-Risiken von Instituten und Institutsgruppen, § 26d KWG-E begründet die Pflicht, sowohl auf Instituts- als auch auf Gruppenebene einen Risikoplan spezifisch für ESG-Risiken zu erstellen. Der DAV begrüßt, dass der Gesetzgeber sich bei der Umsetzung der ESG-Risiken betreffenden Vorgaben der CRD VI aus Art. 73, 74, 76, 87a, 91 in §§ 26c und 26d KWG-E auf eine 1:1 Umsetzung beschränkt und dem Proportionalitätsprinzip Rechnung trägt, wo die CRD VI Erleichterungen für kleine und als wenig komplex einzustufende Institute vorsieht, und auch entsprechende Mitgliedstaatenoptionen ausgenutzt werden (§ 26c Abs. 1 Nr. 2 KWG-E, § 26d Abs. 1 Unterabs. 2 KWG-E).

2. Regelungstechnik des § 26c KWG-E

- 18 Der DAV regt jedoch an, die Regelungstechnik des § 26c KWG-E zu überdenken. Die Verortung des Risikomanagement für ESG-Risiken in einer Sondernorm getrennt von den existierenden Regelungen zum allgemeinen Risikomanagement in § 25a Abs. 1 Satz 3 bis 5 KWG und den entsprechenden Pflichten der Geschäftsleiter in § 25c Abs. 4a KWG ist nicht von der CRD VI gefordert und wird dort auch nicht so gehandhabt; vielmehr handelt es sich um eine Frage der Umsetzungstechnik. § 26c

KWG-E ist wegen der zahlreichen Verweise auf § 25a KWG bzw. § 25c KWG schwer zu lesen und erweckt den Eindruck, als handele es sich um eine Sonderregelung für Sonderrisiken. Bei den ESG-Risiken handelt es sich jedoch um Querschnittsriskiken, die sich auf alle traditionellen Risikoarten von Instituten auswirken können, und daher in das Gesamtrisikomanagement integriert werden müssen. Verbleibt es bei § 26c KWG-E, sollte in § 26c Abs. 2 KWG-E nach „Die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Geschäftsleiter“ „in ihrer Gesamtheit“ eingefügt werden.

3. Gefährdung der Ziele des Bürokratieabbaus und der Reduktion von Regelungskomplexität

- 19 Abgesehen von der Frage der Regelungstechnik erscheint dem DAV vor allem folgender Punkt essenziell: Die Pflichten im Zusammenhang mit dem Management von ESG-Risiken und die Verpflichtung zur Erstellung eines ESG-Risikoplane haben das Potenzial, die Erleichterungen und den Bürokratieabbau für Unternehmen, einschließlich Institute, die durch das EU Omnibus I Paket im Rahmen der Stop-the-Clock-Verordnung bereits umgesetzt sind und im Hinblick auf inhaltliche Erleichterungen und die Reduktion der Regelungskomplexität in CSRD und CSDDD noch verhandelt werden, zu konterkarieren. Diese Gefahr besteht in mehrfacher Hinsicht.

- 20 Zum einen sind die ESG-Risiken von Instituten und Institutsgruppen primär indirekter Natur, d.h. sie leiten sich ganz überwiegend aus den ESG-Risiken ihrer Kunden und ihrer Vermögenswerte ab. Zur Ermittlung aktueller und potenzieller zukünftiger ESG-Risiken von Kunden sind die Institute unter anderem auf Kundendaten angewiesen. Soweit Kunden zur Erhebung und Veröffentlichung dieser Daten aufgrund gesetzlicher Vorgaben, wie etwa der CSRD in der Umsetzung durch das CSRD-Umsetzungsgesetz verpflichtet sind, besteht kein Risiko zusätzlichen bürokratischen Aufwands infolge der CSRD-Umsetzung. Wo jedoch Kunden nicht in den Anwendungsbereich der CSRD fallen oder künftige inhaltliche Erleichterungen der CSRD dafür sorgen, dass die von den Instituten benötigten Kundendaten für ein CSRD-konformes ESG-Risikomanagement von den Kunden nicht erhoben und veröffentlicht werden müssen, könnten sich Institute

veranlasst sehen, ihre Kunden vertraglich zu verpflichten oder im Rahmen von Due Diligence-Untersuchungen zu ESG-Risiken veranlassen, entsprechende Daten zu ermitteln und an die Institute zu übermitteln.

- 21 Zum anderen müssen die ESG-Risikopläne von den Instituten zwar nicht veröffentlicht werden, jedoch mit anderen offenzulegenden Angaben, etwa in einem CSRD Nachhaltigkeitsbericht oder einem CSDDD Klimaplan, kohärent sein (§ 26d Abs. 1 Unterabs. 1 Nr. 5 KWG-E). Dahinter steht der Gedanke, dass der CRD ESG-Risikoplan zwar einen anderen Fokus hat als die vorgenannten Offenlegungen, jedoch auf den darin enthaltenen Datenpunkten aufsetzen kann. Wenn aufgrund größenabhängiger oder inhaltlicher Erleichterungen die betreffenden Datenpunkte von Instituten nicht mehr für Zwecke der CSRD oder CSDDD erhoben werden müssen, jedoch das ESG-Risikomanagement und die Erstellung des ESG-Risikoplane die Erhebung entsprechender Daten voraussetzt, kann das Institut von Bürokratieabbau und Erleichterungen im Hinblick auf CSRD und CSDDD im Ergebnis nicht profitieren.
- 22 Der Gleichlauf von CRD einerseits und CSRD und CSDDD andererseits wird auch nicht durch das Proportionalitätsregime für ESG-Risikopläne in Art. 26d Abs. 1 Unterabs. 2 KWG-E hergestellt. Die dort geregelten Erleichterungen gelten nur für kleine und nicht komplexe Institute und auch Institute, die etwa die Schwellenwerte, die den Anwendungsbereich der CSRD eröffnen, nicht erreichen, können beispielsweise aufgrund eines signifikanten Derivategeschäfts als komplex gelten. Vor diesem Hintergrund sieht es der DAV als äußerst wichtig an, dass die Bundesregierung ihren Einfluss bei den EU Institutionen geltend macht, um einen Gleichlauf von CSRD, CSDDD, CRD und sonstigen instituts-spezifischen EU-Rechtsakten sicherzustellen, damit Bürokratieabbau und inhaltliche Erleichterungen und Vereinfachungen nicht im Wege der verpflichtenden Umsetzung institutsspezifischer Rechtsakte zunichte gemacht werden. Jedenfalls sollte darauf gedrungen werden, dass existierende (EBA guidelines on the management of environmental, social and governance (ESG) risks) und noch zu erlassende Verwaltungsrichtlinien zum ESG-Risikomanagement (Anpassung der MARisk) auch die Ziele des Bürokratieabbaus und der Reduktion von Regelungskomplexität angemessen reflektieren.

Verteiler

- Bundesministerium der Finanzen
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

- Fraktionen im Deutschen Bundestag
- Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz im Deutschen Bundestag
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag
- Finanzausschuss im Deutschen Bundestag
- Arbeitsgruppen Recht der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien
- Arbeitsgruppen Wirtschaft der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien

- Justizministerien und -senatsverwaltungen der Länder
- Wirtschaftsministerien der Länder

- Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
- Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland

- Vorstand und Geschäftsführung des Deutschen Anwaltvereins
- Landesgruppen und -verbände des DAV
- Vorsitzende der Gesetzgebungsausschüsse des DAV
- Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften des DAV
- Handelsrechtsausschuss des DAV

- Bundesrechtsanwaltskammer
- Bundesnotarkammer
- Deutscher Notarverein
- Institut der Wirtschaftsprüfer (IdW)
- Deutscher Richterbund
- Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW)
- Deutscher Steuerberaterverband
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
- Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
- Bundesverband Deutscher Banken
- Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger e.V. (SdK)

Presse:

- Die Aktiengesellschaft
- GmbH-Rundschau
- NZG Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
- WM Wertpapiermitteilungen
- ZIP Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
- Börsenzeitung
- Handelsblatt
- Frankfurter Allgemeine Zeitung
- Juris

- GfK
- Hamburger Abendblatt
- Der Tagesspiegel
- Der Spiegel
- Legal tribune online
- NJW